

Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB) für die Ausführung von Lieferungen und Leistungen

1 Vertragsbestandteile (§1)

1.1 Art und Umfang der Lieferungen und Leistungen

Nr. 1) Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch den Vertrag bestimmt.

Nr. 2) Bei Widersprüchen im Vertrag gelten nacheinander:

a) Die Leistungsbeschreibung mit Vorrang gegenüber Plänen/Zeichnungen

b) Besondere Vertragsbedingungen

c) etwaige Ergänzende Vertragsbestimmungen

d) etwaige Zusätzliche Vertragsbedingungen

e) etwaige allgemeine Technische Vertragsbedingungen

1.2 Anderslautende Geschäfts-, Liefer-, oder Zahlungsbedingungen der Auftragnehmerin oder des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil des Vertrags. Abweichungen von den in Nr. 1.1 angegebenen Vertragsbestandteilen wie auch mündliche Abreden gelten nur, wenn der Auftraggeber sie schriftlich bestätigt hat. Dies gilt nicht für einen angebotenen Skontoabzug.

1.3 Durch die Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen wird die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen nicht berührt.

2 Preise

Bei Auftragsvergabe hat der Auftragnehmer der Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH die Urkalkulation umgehend in einem verschlossenen Umschlag zur evtl. Überprüfung der Nachträge zur Verfügung zu stellen.

3 Änderung der Vergütung

Beansprucht die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer eine erhöhte Vergütung, muss sie bzw. er dies dem Auftraggeber unverzüglich - möglichst vor Ausführung der Leistung und möglichst der Höhe nach - anzeigen. Die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer hat auf Verlangen die durch die Änderung der Leistung bedingten Mehr- oder Minderkosten nachzuweisen.

4 Ausführung der Leistungen

- 4.1 Die Waren sind in der angebotenen Ausführung zu liefern und müssen den anerkannten Regeln der Technik, insbesondere den gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Bestimmungen.
- 4.2 Die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer hat die für die Prüfung der Einhaltung der anerkannten Regeln der Technik und der anderen in Ziffer 6.1 genannten Umstände erforderlichen Unterlagen (Schaltbilder, Funktionsbeschreibungen usw. in deutscher Sprache) dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen. Sollte sich bei der Überprüfung herausstellen, dass Ziffer 6.1 nicht beachtet wurde, so hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer die Kosten der Überprüfung zu übernehmen und den ordnungsgemäßen Zustand der Geräte und Anlagen auf ihre bzw. seine Kosten unverzüglich herzustellen. Ist die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer mit der Beseitigung des Mangels im Verzuge, so kann der Auftraggeber den Mangel selbst beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangen. Die gesetzlichen Gewährleistungs-Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Der Auftraggeber ist berechtigt, sich von der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung zu unterrichten. Dazu sind ihm auf Wunsch die Ausführungsunterlagen zur Einsicht vorzulegen, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie Zutritt zu den in Betracht kommenden Arbeitsplätzen, Werkstätten und Lagerräumen zu gewähren.
- 4.3 Beschreibungen, Zeichnungen oder Muster, die die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer erhalten hat, bleiben Eigentum des Auftraggebers. Sie sind dem Auftraggeber nach Ausführung des Auftrags auf Verlangen kostenfrei zurückzugeben.
- 4.4 Betriebs-, Bedienungs-, Gebrauchsanweisungen und dergleichen sind auch ohne besondere Vereinbarung der zu erbringenden Leistung beizufügen.
- 4.5 Es wird davon ausgegangen, dass der Auftragnehmer (inklusive seiner etwaigen Nachunternehmer) mindestens ein Stundenentgelt in Höhe des tariflichen Mindestlohn zahlt. Ausgenommen hiervon sind Ausbildungs- und Praktikumsverträge.
- 4.6 Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß einzuschränken.
- 4.7 Der Auftragnehmer bestätigt mit Abgabe seines Angebotes, dass keine Waren Gegenstand der Leistung sind, die unter Missachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegten Mindestanforderungen gewonnen oder hergestellt worden sind.

5 Sprache

Alle schriftlichen Äußerungen der Auftragnehmerin oder des Auftragnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen Dritter (z. B. Bescheinigungen, sonstige Unterlagen von Behörden und Privaten) sind mit deutscher Übersetzung einzureichen. Die Übersetzung behördlicher Bescheinigungen muss vom Konsulat beglaubigt sein.

6 Unterauftragnehmer (Nachunternehmer)

- 6.1 Die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Unterauftragnehmer übertragen, die die gewerbe- und handwerksrechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung des zu vergebenden Auftrags erfüllen. Sie bzw. er ist gehalten, zu Unteraufträgen mittlere und kleine Unternehmen in dem Umfang heranzuziehen, wie es mit der vertragsgemäßen Ausführung der Leistungen zu vereinbaren ist.

Dem Nachunternehmer dürfen – insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise, Gewährleistung und Vertragsstrafe - keine ungünstigeren Bedingungen auferlegt werden als zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer vereinbart sind.

- 6.2 Die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer hat vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen sowie Namen, Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschließlich Mitgliedsnummer) des hierfür vorgesehenen Unterauftragnehmers schriftlich bekannt - zugeben. Beabsichtigt die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer Leistungen zu übertragen, auf die ihr bzw. sein Betrieb eingerichtet ist, hat sie bzw. er vorher die schriftliche Zustimmung einzuholen.

7 Abnahme

- 7.1 Leistungs- und Erfüllungsort ist – wenn nichts anderes vereinbart ist – der Sitz des Auftraggebers.
- 7.2 Die Liefergegenstände sind - wenn nichts anderes vereinbart ist – auf Gefahr der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers frei Verwendungsstelle zu liefern. Liefertermine sind mit dem Auftraggeber rechtzeitig abzustimmen.
- 7.3 Teilleistungen sind nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
- 7.4 Die Gefahr des zufälligen Untergangs und einer zufälligen Verschlechterung geht erst auf den Auftraggeber über, wenn die oder der zuständige Mitarbeiter des Auftraggebers die Leistung der Auftragnehmerin oder des Auftragnehmers abgenommen oder, wenn eine

Abnahme weder gesetzlich vorgesehen noch vertraglich vereinbart ist, die Lieferung des Auftragnehmers angenommen ist.

8 Auftragsentziehung - Kündigung oder Rücktritt

8.1 Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile (§§ 331 ff StGB) anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten der Auftragnehmerin oder des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind.

8.2 Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt:

Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen sind insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bietern über

- Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- Die zu fordernden Preise,
- Bindungen sonstiger Entgelte,
- Gewinnaufschläge,
- Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
- Zahlungs-, Lieferungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar den Preis beeinflussen,
- Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
- Gewinnbeteiligung oder andere Abgaben

8.3 Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer

- Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit illegaler Beschäftigung, Schwarzarbeit und Verstößen gegen gesetzlich vorgeschriebene Mindestlöhne,
 - Steuerhinterziehung,
 - Weitere Straftaten im Geschäftsverkehr wie Betrug, Untreue und Urkundenfälschung
- begangen hat.

8.4 Tritt der Auftraggeber gemäß Nr. 8.1, 8.2 oder 8.3 vom Vertrag zurück, so finden die gesetzlichen Bestimmungen Anwendung. Im Falle der Kündigung ist die bisherige Leistung, soweit der Auftraggeber für sie Verwendung hat, nach den Vertragspreisen oder

nach dem Verhältnis des geleisteten Teils zu der gesamten vertraglichen Leistung auf der Grundlage der Vertragspreise abzurechnen; die nicht verwendbare Leistung wird der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer auf dessen Kosten zurückgewährt.

9 Rechnung

- 9.1 Die Rechnung ist auf den Auftraggeber auszustellen.
- 9.2 Bei Teilrechnungen aufgrund von Teillieferungen müssen gelieferte und restliche Mengen klar ersichtlich sein. Die letzte Teilrechnung ist als solche und als Schlussrechnung zu kennzeichnen.
- 9.3 Ein Anspruch auf Bezahlung der Rechnung besteht nur, wenn ihr prüfungsfähige Unterlagen über die Lieferung/Leistung an die Empfangsstelle beigelegt sind; dies geschieht in der Regel mit Hilfe quittierter Lieferscheine bzw. Leistungsnachweise.

10 Bezahlung, Abtretung

- 10.1 Die Zahlung des Rechnungsbetrages erfolgt nach Erfüllung der Leistung, und soweit nichts anderes vereinbart ist, nach Wahl des Auftraggebers innerhalb von 14 Tagen unter Abzug eines ggf. vereinbarten Skontos oder innerhalb von 30 Tagen ohne Abzug. Sie kann früher gemäß den vereinbarten Zahlungsbedingungen erfolgen.
- 10.2 Die Zahlungs- und Skontofrist beginnt mit dem Eingang der prüfungsfähigen Rechnung bei der benannten Dienststelle, frühestens jedoch mit dem Zeitpunkt des Gefahrenübergangs.
- 10.3 Die Zahlung gilt als geleistet
 - bei Übergabe oder Übersendung von Zahlungsmitteln mit dem Tag der Übergabe oder der Einlieferung,
 - bei Überweisung oder Auszahlung von einem Konto des Auftraggebers mit dem Tag des Zugangs des Überweisungsauftrages beim Geldinstitut des Auftraggebers.
- 10.4 Eine Abtretung der Forderung der Auftragnehmerin oder des Auftragnehmers ist nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers rechtswirksam.

11 Vertragsänderungen

Jede Änderung des Vertrages bedarf der Schriftform.

12 Vertraulichkeit

Alle im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis oder der Angebotsbearbeitung stehenden und übermittelten Informationen, Unterlagen und Erkenntnisse sind vertraulich zu behandeln. Die erhaltenen Informationen, Unterlagen und sonstigen Erkenntnisse sind

ausschließlich für eine etwaige Durchführung der im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehenden Arbeit zu verwenden. Eine Weitergabe der vorgenannten Informationen, Unterlagen bzw. Erkenntnisse an Dritte bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH. Ausgenommen von der Geheimhaltung sind solche Informationen, die bereits öffentlich bekannt sind. Die übergebenen Unterlagen sind gesichert vor dem Zugriff Unbefugter aufzubewahren.

13 Einhaltung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes

Diese Regelung gilt für jegliche Dienstleistung ab einem Auftragswert von 20.000,-- € , sofern es sich um Leistungen zur Auftragsausführung handelt, welche innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbracht werden. Folgende Regularien sind einzuhalten:

- Der Bieter hat schriftlich zu erklären, dass er seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Mindestentgelt entsprechend dem für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag, der dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes unterfällt bzw. für deren Erbringung Mindestentgelte durch Rechtsverordnung des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes festgesetzt sind, zahlt. Für die Ausführung der Leistung ist mindestens der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn zu zahlen. Soweit Nachunternehmen bei der Auftragserfüllung eingesetzt werden, hat der Auftragnehmer dafür Sorge zu tragen, dass die o.g. Mindestentgelte gezahlt werden.
- Der Bieter verpflichtet sich, im Fall der Auftragserteilung dem Auftraggeber vollständige und prüffähige Unterlagen vorzuhalten, um eine Überprüfung, ob die vom Bieter im Hinblick auf das Nieders. Tariftreue und Vergabegesetz übernommenen vergaberechtlichen Verpflichtungen eingehalten wurden, möglich zu machen.
- Bei schuldhaftem Verstoß wird eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % des Auftragswertes für jeden schuldhaften Verstoß gegen dieses Gesetz vereinbart. Bei mehreren Verstößen ist die Summe der Vertragsstrafen auf 10 % begrenzt. Diese Vertragsstrafe gilt auch für Verstöße, welche durch Nachunternehmer bzw. Verleiher von Arbeitskräften begangen wird.

14 Gerichtsstand

Der Gerichtsstand für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit des Vertrages sowie aus dem Vertragsverhältnis richtet sich ausschließlich nach dem Sitz der für die Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle.